

Berliner Zeitung, 7.1.2010

## **Der Fluch des Öls**

### ***Ausländische Bohrfirmen verseuchen das Trinkwasser im Südsudan. Ganze Dörfer erkranken, Kinder sterben***

*Johannes Dieterich*

BENTIU. Der Brunnen liegt direkt vor der Hütte, in der Nyayiel Puok und ihre drei Kinder leben. Und wenn die 36 Jahre alte Frau den Metallhebel bewegt, schießt auch eine trübe Flüssigkeit aus dem Rohr. Doch Nyayiel hütet sich mittlerweile, dieses Wasser zu trinken. Denn dann landet sie wieder dort, wo sie mit ihren drei Kindern in jüngster Zeit schon viel zu oft war - im Krankenhaus. "Kaum waren wir zurück zu Hause", klagt die Sudanessin vom Volk der Nuer, "wurde schon wieder ein anderes der Kinder krank."

In der Region um Bentiu, der Hauptstadt der südsudanesischen Unity-Provinz, ereignen sich seltsame Dinge. Aus den einst tadellosen Brunnen rinnt salziges Wasser, zahllose Menschen erkranken an Durchfall, auf den Feldern verendet das Vieh. Die deutsche Wasserexpertin Hella Rüskamp muss nicht einmal warten, bis die Proben vom Brunnen vor Nyayiels Hütte im Labor ausgewertet sind: An ihrem Messgerät schlagen sich gut sichtbar weiße Salzkristalle nieder - die Konzentration der Mineralien liegt um ein Vielfaches über dem Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation WHO. "Da muss man sich nicht wundern", sagt die Geologin.

#### Wohlstand nur in Khartum

Ein bewaffnetes Mitglied der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee SPLA führt sie wenige Kilometer weiter zu einer Stelle, wo die Bevölkerung vergangenes Jahr vergiftetes Wasser getrunken haben soll. Neun Kinder seien gestorben, sechshundert Menschen mussten ins Krankenhaus, heißt es. Die vermutliche Ursache macht Klaus Stieglitz, der wie die Geologin von der deutschen Hilfsorganisation Hoffnungszeichen kommt, auf einem nahe gelegenen Sandplatz aus, in dessen Mitte ein mit Stahl eingefasstes Bohrloch gähnt. Daneben schillert in verdächtigem Olivgrün ein Teich, dessen Wasser Rüsks Messgerät innerhalb von Sekunden voll ausschlagen lässt. "Wer das trinkt", sagt die Geologin, "muss seinen Irrtum unter Umständen mit dem Leben bezahlen." Am Rand des Tümpels sind Spuren von Rindern auszumachen.

Das Bohrloch, erklärt der Politologe und Menschenrechtler Stieglitz, stammt wohl von der Ölbohrung einer vermutlich chinesischen Gesellschaft, die offensichtlich nicht den erwarteten Erfolg erbrachte. Andere Probebohrungen in der Umgebung verliefen glücklicher: Die Erdölfelder Mala und Thar Jath bestehen aus 36 Quellen, aus denen ein nicht unerheblicher Teil der derzeit täglich rund 500 000 Barrel umfassenden sudanesischen Erdölproduktion fließen. Der Export des schwarzen Goldes, vor allem nach China, hat dem bettelarmen Staat einen spürbaren Aufschwung beschert. Der ist allerdings nur in der 800 Kilometer weiter nördlich gelegenen Hauptstadt Khartum wirklich auszumachen. Dort werden neue Luxushotels, Konferenzzentren und Bürogebäude errichtet. Auch der vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagte Omar al-Baschir hat sich einen schönen neuen Präsidentenpalast geleistet.

In der Unity-Provinz ist vom Aufschwung nichts zu spüren. Im Gegenteil: "Unser Ölreichtum hat uns bislang nur Kummer beschert", klagt der designierte katholische Bischof der Diözese Malakal, Roko Taban Mousa: "Statt dass wir von unseren Bodenschätzen profitieren, wird jetzt auch noch unser Wasser verschmutzt."

Tatsächlich gehen die chinesischen, indischen und malaysischen Firmen bei der Erkundung von Ölfeldern und der Förderung alles andere als zimperlich vor. Während anderswo das mit Kaliumchlorid angereicherte Wasser, das zur Stabilisierung der Bohrlöcher dient, nach der Verwendung in tief gelegene Erdschichten gepumpt wird, lässt man es im Südsudan in offenen Tümpeln versickern. Das spart Kosten. Auch das bei der Erdölproduktion entstehende Abwasser, das Schwermetalle und Salze enthält, wird offenbar einfach in die Landschaft am Rand der von den Vereinten Nationen geschützten Nil-Sümpfe, dem Sudd, geleitet. Erst als Stieglitz

vergangenes Jahr Alarm schlug, baute das malaysisch-indisch-sudanesisches Konsortium "White Nile Petroleum Operating Company" (WNPOC) eine Wasseraufbereitungsanlage. Vom Flugzeug aus sind allerdings nur ein riesiges leeres Becken und herumflatternde Plastikfolien zu sehen - das erweckt nicht den Eindruck, als ob die Anlage funktionieren würde.

Wenn Klaus Stieglitz aus Singen am Bodensee an den Weißen Nil kommt, um dort den Machenschaften der Ölgesellschaft auf den Grund zu gehen, erwartet ihn schweißtreibende Detektivarbeit. Erst chartert er ein kleines Flugzeug und lässt den Piloten Erkundungsschleifen über den auf 4 000 Quadratkilometern ausgedehnten Ölfeldern fliegen. Mit dem GPS-Gerät nimmt er die Koordinaten der Tümpel oder verlassenen Bohrlöcher auf. Dorthin fährt er später mit einem klapprigen Kleinbus. Er kriecht unter Zäunen durch, seilt sich zu tiefgelegenen Tümpeln ab oder legt selbst in der über 40 Grad heißen Mittagshitze Fußmärsche zu verdächtigen Orten zurück. Das WNPOC-Konsortium versorgt ihn nicht einmal mit den Basis-Fakten über die verwendete Technologie oder das Volumen des genutzten Wassers. Auf kein einziges seiner zahlreichen an die Firmen-Zentrale in Khartum gerichteten Schreiben bekam er bislang eine Antwort.

Die Hilfsorganisation Hoffnungszeichen ist schon seit zwei Jahrzehnten im Südsudan aktiv, wo sich afrikanische Christen und muslimische Araber den längsten Bürgerkrieg Afrikas lieferten. Als ein Friedensvertrag vor fünf Jahren die Gefechte beendete und im Grenzgebiet zwischen dem arabisch kontrollierten Norden und dem afrikanisch besiedelten Süden bedeutende Erdölvorräte entdeckt wurden, schien eine Ära des Wohlstands anzubrechen - doch die Hoffnungen stellten sich bald als falsch heraus. Zwar hat der Friedensvertrag bislang gehalten, obwohl es Spannungen gibt zwischen Nord und Süd wegen der Ölfelder. Sollte der Süden aber beim Volksentscheid 2011 wie erwartet für eine Abspaltung votieren, ist mit neuer Gewalt zu rechnen. Schon heute sehen sich die Südsudanesen vom arabischen Norden um die Früchte des Ölreichtums betrogen.

"Es ist schon schlimm", sagt der Politologe Stieglitz, "wenn man mit ansehen muss, wie die Ölgesellschaften die Arglosigkeit der Bevölkerung ausnutzen." Zum Beispiel Rier. Vor zehn Jahren lag das Dorf noch an der Strecke zwischen Bentiu und Leer - von Sudanesen die "Straße des Blutes" genannt, weil die Regierungsarmee dort jeden Kilometer der Erdölarterie gegen den Widerstand der südsudanesischen Rebellen erkämpft hatte. Wo Rier lag, sollte nach dem Friedensschluss die zentrale Produktionsanlage des Thar-Jath-Ölfelds errichtet werden. Also wurden die zweieinhalbtausend Bewohner des Dorfes umgesiedelt, rund 30 Kilometer weiter südwestlich. Dort wurden ihnen Häuser, Schulen und Hospitäler versprochen - bis heute ist davon keine Spur zu sehen.

Die Bretterhütten des Dorfes sind mit leeren Säcken abgedichtet, die einst das von den Bohrgesellschaften verwendete Kaliumchlorid enthielten. Eines der wenigen gemauerten Gebäude ist die einräumige Polizeistation. Als Gefängnis dient ein Metallcontainer mit vergitterten Öffnungen, in dem tatsächlich ein Häftling in unerträglicher Hitze eingesperrt ist. Aus den Handpumpen, die die Hilfsorganisation Oxfam für die Wasserversorgung bohren ließ, kommt eine salzige Brühe, die nicht einmal zum Kleiderwaschen verwendet werden kann, weil sie die Textilien wie Leim zusammenkleben lässt.

Eigentlich soll ein Tanklastwagen regelmäßig Wasser aus dem Nil bringen, doch das Fahrzeug lässt sich immer wieder tagelang nicht blicken. Dann trinken die Menschen in Rier das Regenwasser aus den Sümpfen, bekommen Durchfall oder gar Cholera. "Man behandelt uns wie Hunde", sagt William Malual, der Gemeindevorsteher. "Nicht mal Toiletten hat man für uns gebaut." Um ihre Notdurft zu verrichten, gehen die Dorfbewohner in die Büsche. Um Rier zu finden, braucht man kein GPS.

Im wenige Kilometer entfernten vollklimatisierten WNPOC-Quartier empfängt ein stattlicher Repräsentant der Ölgesellschaft Besucher. Tigani Ahmed Daha berichtet eine halbe Stunde lang, was seine Firma alles für das Wohl der Bevölkerung der Unity-Provinz tut. Dass Rier von dem Segen nichts abbekommt, liege nicht an der Firma, sondern an der südsudanesischen Regierung, sagt er. Toiletten allerdings bräuchten die Dorfbewohner nun wirklich nicht unbedingt, fügt der aus dem Nordsudan stammende Arzt hinzu: "Die Leute führen doch noch ein natürliches Leben."

Fragen über die Technologien, die das Unternehmen bei den Bohrungen nutzt, über Umweltschutz und die Qualität des Wassers verweist Ahmed an die Firmenzentrale in Khartum, wo man - zwei Jahre nach den ersten Vorwürfen von Hoffnungszeichen - inzwischen sogar eine Stellungnahme vorbereitet hat. Darin weist das Unternehmen alle Anschuldigungen kategorisch zurück: WNPOC folge in der Ausführung seiner Operationen internationalen Umweltschutz-Standards und halte sich "strikt an einen Null-Ausstoß von Schadstoffen". Der hohe Salzgehalt des Grundwassers habe natürliche Ursachen.

"Zweifellos kontaminiert"

Stieglitz' gesammelte Wasserproben sprechen eine andere Sprache. Die chemische Zusammensetzung der Brühe aus den Wasserpumpen sei weitgehend identisch mit der von Abwässern, die Öl- und Bohrgesellschaften produzieren, sagt die Hydrogeologin Ruskamp. "Das Trinkwasser ist zweifellos kontaminiert."

Das entspricht auch den Beobachtungen des Direktors der Gesundheitsbehörde der Unity-Provinz, Peter Majuoy Guf. "Wir haben hier eine alarmierende Situation", klagt er in seinem stromlos heißen Büro in Bentiu, "Woche für Woche hören wir von neuen Ausbrüchen akuter Durchfallerkrankungen und können nichts dagegen tun." Seine Behörde würde dem Grund für die Verseuchung ja gerne nachgehen, habe aber nicht die technologischen Mittel dafür, und werde von der Ölgesellschaft WNPOC nicht mit den nötigen Fakten versorgt. Wenn er dort anrufe, werde er stets nur von einer Stelle zur anderen verwiesen, klagt Guf. "Ach, hätte man doch bloß in unserem Boden kein Öl gefunden", seufzt der Leiter der Gesundheitsbehörde, "es würde uns heute besser gehen".

-----  
Fünf Jahre Friedensabkommen

Am 9. Januar 2005 gingen im Sudan zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg zwischen dem Süden und dem Norden mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu Ende. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1956 hatte es fast kontinuierlich bewaffnete Konflikte zwischen Nord und Süd gegeben. Allein von 1983 bis zu einem Waffenstillstand 2002 kamen mehr als zwei Millionen Menschen ums Leben. Der Norden des Landes ist islamisch-arabisch geprägt. Die Bewohner des Südens sind mehrheitlich Anhänger alter afrikanischer Religionen oder Christen.

Der Friedensvertrag, unterzeichnet von Sudans Präsident Omar al-Baschir und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA), legte eine gemeinsame Übergangsregierung fest. Der Vize-Präsident des Sudan ist zugleich Präsident des teilautonomen Südsudan. Auch legt der Vertrag landesweite Wahlen für 2010 fest, die vom 11. bis 18. April stattfinden sollen. Die Bevölkerung des Südsudan wird 2011 über eine Loslösung vom Norden und die Bildung eines eigenen Staats abstimmen.

Hauptstreitpunkt zwischen Nord und Süd sind die Gewinne aus der Ölförderung. Es wird erwartet, dass die Förderregionen einem unabhängigen Südsudan beitreten werden.

Menschenrechtsorganisationen warnten gestern vor dem Scheitern des Friedensvertrags. Seit Monaten nähmen bewaffnete Auseinandersetzungen wieder zu, so Amnesty und die Gesellschaft für bedrohte Völker.